

# Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.00 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.30, im sonstigen Inland, Seefahrt M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: Die einspalt. Zeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Kleinanzeigen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Vereinbarung.  
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlag-Druckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gaf. Jahrgang 53 | Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Samstag, den 12. Juli 1919 | Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 152

## Tageschau.

Der oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung beschlossen, die Blockade gegen Deutschland vom 12. Juli aufzuheben.

Clemenceau hat den Befehl gegeben mit der Abbeförderung der Gefangenen am Montag früh zu beginnen.

Die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hat sich wiederum verzögert. Sie kann frühestens am kommenden Mittwoch erfolgen.

Der bulgarische Friedensvertrag ist fertiggestellt. Westtrahien soll an Griechenland abgetreten werden. Serbien erlangt durch 2 Grenzberichtigungen keine Vorteile, dagegen erhält es den im Jahr 1913 von Rumänien annektierten Teil der Dobrudscha zurück.

Korr.Bür. erfährt aus dem Haag anlässlich eines Renterberichts über eine Korrespondenz über den deutschen Kaiser von berufener Seite das sie keinen Bezug auf die Auslieferung des Kaisers hätte, sondern auf die Möglichkeit einer Flucht des früheren Kaisers und des Kronprinzen.

Nach dem Daily Telegraph werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsass-Lothringen, Tunis und Algier keine Zugfahren. Auch die Post- und Telegraphenanstalten werden streiken und wollen damit gleichzeitig gegen die Teuerung und Regierungspolitik protestieren.

Nachdem der Reichsernährungsminister vor einigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu verbilligten Preisen eintreten soll, wird zur Verhütung des dringenden Zeitmangels im Laufe des Juli eine einmalige Monatszulage von ausländischem Speisefett in Höhe von 200 Gramm abgegeben.

## Sonntagsgedanken.

### Was Deutschland rettet.

Um der Sparankheit willen werden wir nun erstreben müssen, was Forderung des Edelmenschen in uns ist: daß die Kräfte im Volk sich nicht mehr gegeneinander richten und konkurrierend sich bekämpfen, sondern daß sie miteinander sich verbinden zum gemeinsamen Ziel.

G. Prohlitz.

## Wochenrundschau.

Am 9. Juli hat die deutsche Nationalversammlung in Weimar in namentlicher Abstimmung die „Ratifizierung“ d. h. die staatsrechtliche Bestätigung des Friedensvertrags gebilligt. Der hochwichtige Akt ging nicht so glatt vor sich, wie die Reichsregierung es gewünscht hatte. Von der Deutschnatl. Volkspartei war in letzter Stunde ein Antrag eingebracht worden, vor der Ratifizierung das Gutachten neutraler Staatsrechtsgeslehrter über das jenseitige Auslieferungsgesetz einzuholen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, aber die Annahme des Regierungsentwurfs für die Bestätigung erfolgte nur mit 208 Stimmen, also mit weniger als der Hälfte aller Stimmen der gesamten Nationalversammlung. Gegen die Bestätigung stimmten 115 Abgeordnete; ein Viertel der Abgeordneten war der Abstimmung ferngeblieben. Immerhin hatte die Nationalversammlung nun dem Reichsoberhaupt die Ermächtigung erteilt und am selben Abend unterzeichnete Reichspräsident Ebert das Dokument, das sofort durch einen besonderen Kurier nach Versailles befördert wurde, um dem Vorsitzenden des Friedenskongresses, Herrn Clemenceau, übergeben zu werden. Im andern Lager wird man es mit der Ratifizierung nicht so eilig haben, man will sich noch einige Zeit die Freude machen, das gedemütigte Deutschland in schwebender Pein zu sehen. Nach einem Londoner Blatt wird sich das englische Unterhaus erst in der dritten Augustwoche mit der Bestätigung des Friedensvertrags beschäftigen. Ende August wäre demnach erst die Beendigung des Kriegszustands zu erwarten, ein Ereignis, von dem die Reichsregierung seinerzeit durch eine besondere Verfügung Kenntnis geben wird.

Bis dahin wird im Reich noch viele und schwere Arbeit zu verrichten sein. Da gilt es zunächst den Versuch, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Ob das gelingen wird, möchte man bezweifeln angesichts des Programms, das Reichsfinanzminister Erzberger am 8. Juli in der Nationalversammlung entwickelte. Die Finanzlage des Reichs ist nach den Darlegungen Erzbergers geradezu trostlos. Würde das gesamte Volkvermögen vor dem Krieg auf etwa 360 Milliarden Mark geschätzt, so ist es nach dem Friedensvertrag bestenfalls mit 190 Milliarden zu veranschlagen. Andererseits sind die Bedürfnisse des Reichs ins Riesenhafte gewachsen: die Einnahmen des Reichs müssen um 900, diejenigen der

Einzelstaaten um 100 Prozent gesteigert werden, zusammen beträgt also der Mehrbedarf seit dem Friedensschluß 1000 Prozent gegenüber dem Bedarf im Jahr 1914. Um diesen ungeheuren Bedarf zu decken, sind außerordentliche Finanzmaßnahmen unumgänglich. Zunächst wird eine große Vermögensabgabe durchgeführt, die 90 Milliarden einbringen soll, das Volkvermögen wird sich also zunächst auf 100 Milliarden vermindern. Aber das genügt noch bei weitem nicht, vielmehr sind für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden noch jährlich 25 Milliarden aufzubringen. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen, jagte der Minister. Und eben diese Steuern zu finden, das ist die Schwierigkeit. Vor dem Kriege beanspruchte das Reich nicht ganz 2 Milliarden, die Bundesstaaten, Gemeinden usw. etwa 3 Milliarden. Während des Kriegs sind nun 4 Milliarden laufende Einnahmen erschlossen worden, wozu an einmaligen Abgaben (Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag 5,7 Milliarden, Kriegsteuer für 1918 etwa 2 Milliarden) 7,7 Milliarden kommen. Die der Nationalversammlung jüngst übergebenen neuen Steuerentwürfe sollen 1,2 Milliarden ergeben. Es bleibt noch ein Rest von mehr als 10 Milliarden jährlich zu decken, und dieser Rest dürfte von der in Aussicht genommenen großen Umsatzsteuer, die einen tiefen Eingriff in die ganze Volkswirtschaft bedeutet, nur zu einem Teil aufzubringen sein. Ganz wesentlich erschwert wird die Lage durch die ungeheure schwebende Schuld in Höhe von 72 Milliarden, und diese Papiergeldwirtschaft muß auf eine feste Grundlage gebracht werden, sonst bleiben alle Anstrengungen, die Finanzen zu ordnen, umsonst, und die Waluta, der Kurs der Mark, wird sich nicht erholen, so wenig als man ein Faß ohne Boden füllen kann, und wenn man sich zu Tode arbeitete. Es gibt nur einen Ausweg: Sparankheit und Arbeit, Arbeit bis zum Aussterben.

Freilich mit dem Sparen ist es eine eigene Sache in einer Zeit, wo die notdürftigste Lebenshaltung um mehr als das Dreifache gegenüber der Friedenszeit teurer geworden ist, und es erscheint angesichts dieser Tatsache schier unmöglich, neue schwere Steuerlasten aufzubürden. Die Steuern müssen daher sorgfältig abgewogen und nach dem tatsächlichen Einkommen, aus welcher Quelle dieses auch fließen möge, verteilt werden. Gerechtigkeit muß walten, wie der Reichsfinanzminister sagte. Um nun nach dieser Seite eine Erleichterung zu schaffen, hat die Reichsregierung beschlossen, 1 1/2 Milliarden aufzuwenden und einen Teil der hohen Lebensmittelpreise auf öffentliche Kosten zu übernehmen. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden haben darnach einen gewissen Beitrag zur Beschaffung der rationierten Auslandslebensmittel zu leisten, damit diese zu einem billigeren Preise, als es sonst möglich wäre, an die Verbraucher abgegeben werden können. Eine weitere Beihilfe in Höhe von 500 Millionen soll für sonstige Bedarfsgegenstände wie Kleidung usw. gewährt werden. Im einzelnen wird das nicht so sehr fühlbar sein, denn wenn z. B. das Pfund Auslandsbrot über 80 Pfg., Auslandsfleisch 4 Mk., Fett etwa 5 Mk. kostet, so ist das noch reichlich teuer, im ganzen wird die Erleichterung aber doch fühlbar sein. Nur darf man nicht glauben, daß die zwei Milliarden vom Himmel geschneit kommen und geschenkt seien; sie müssen auch wieder durch Steuern aufgebracht werden und die ganze Aktion erhält Sinn und Zweck nur dann, wenn, wie Erzberger versichert, die Steuererteilung durchaus auf der Grundlage der Gerechtigkeit geschieht.

Zwischen den beiden Fraktionen der Nationalversammlung, die seit dem 21. Juni die Regierungsmehrheit bilden, Sozialdemokratie und Zentrum, ist eine vorläufige Einigung in einer Frage erzielt worden, die das fernere Zusammengehen schon unmöglich zu machen schien und am Ende der vorigen Woche wirklich eine neue Kabinettskrise hervorgerufen hatte. Die Sozialdemokratie ist, zumal nach dem Ausscheiden der Demokratischen Partei aus der Regierungsmehrheit, auf die Mitwirkung des Zentrums angewiesen. Die Zentrumsfraktion machte dies aber nach Erledigung des Friedensvertrags davon abhängig, daß die Sozialdemokratie die alten Schutzforderungen des Zentrums anerkenne. Am 8. Juli kam zwischen den beiderseitigen Führern vorbehaltlich der Zustimmung der beiden Fraktionen ein Übereinkommen zustande, nach dem — entgegen dem offiziellen Parteistandpunkt der Sozialdemokratie — die konfessionelle Schule in dem bisherigen Zustand in den Ländern des Reichs erhalten bleiben und bis zur Regelung durch ein Reichsgesetz durch ein sogenanntes Sperrgesetz gesichert werden soll. Privatschulen sollen auch ohne den Nachweis des Bedürfnisses errichtet werden dürfen. Der Religionsunterricht bleibt ordentliches Unterrichtsfach und er soll in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt werden. Zum Religionsunterricht können aber weder Lehrer noch Schüler gezwungen werden. Das Zentrum setzte ferner durch, daß Artikel 18 der neuen Reichsverfassung, der die Bedingungen für die Bildung

neuer selbständiger Einzelstaaten im Reich enthält, in der Richtung abgeändert werden solle, daß die Neubildung wesentlich erleichtert werde. Gegen dieses Kompromiß der beiden Fraktionen der Nationalversammlung erhob nun die preussische Regierung und die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags — die demokratische Fraktion schloß sich an — scharfen Einspruch und zwar in der Frage der konfessionellen Schule sowohl, als auch namentlich hinsichtlich des Artikels 18. Die preussische Regierung befürchtet, daß dadurch die Verschlagung Preußens gefördert werde und daß es dem Zentrum darum zu tun sein könnte, das katholische Rheinland und Oberschlesien von Preußen abzusprengen, was die weitere Fortrennung des Ostens und das Auseinanderfallen des seither führenden Bundesstaats zur Folge haben würde. Mit der Einheit des Reichs sei es dann überhaupt vorbei. Wegen dieser Frage kam es in Weimar, wohin sich die preussische Regierung begeben hatte, zu einer Auseinandersetzung. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Die Reichsregierung hofft, durch sachverständige Verhandlungen die Krise abmenden zu können.

Die feindliche Presse ist jeden Tag voll von Artikeln über die Auslieferung des Kaisers und der deutschen Heerführer, Offiziere, Diplomaten usw. Die Mehrzahl der Londoner Blätter bricht in hellen Jubel aus, daß Wilhelm II. in den Tower gebracht werden soll, in das berühmte Londoner Staatsgefängnis, das schon so manchen politischen und geschäftlichen Justizmord in seinen dunklen Mauern sich hat vollziehen sehen. Aber so weit ist es noch nicht und die Freude ist etwas vorzeitig. In London ist man nicht willens, sich ohne weiteres dem Triumphgelächte des Herrn Lloyd George zu zeugen. Dieser Demagoge hat denn auch bis jetzt noch keinen amtlichen Antrag bei der holländischen Regierung gestellt. Die Ablehnung des Begehrens durch den kleinen Kader von Holland wäre für das jetzt auf der Höhe angelangte Großbritannien zu ärgersch. Die Holländer sind aber so eigensinnig, daß sie die fortgesetzten indirekten Anbahnungen von jenseits des Kanals gar nicht beachten; wie es heißt, sollen sie in ihrer Haltung von den Amerikanern ermuntert werden. Gerne würde man hoffen, daß die Rüdenschärfe der Holländer Deutschland vor der Entzweiung rette. In Deutschland selbst sind an den König von England und andere Entente-Potenzen eingehende Angebote ergangen, für den Kaiser die eigene Person der Nachfolger des Feindes darzubieten. Prinz Heinrich von Preußen hat sich bereit erklärt, die Stellvertretung für den Bruder zu übernehmen und Prinz Eitel Friedrich hat sich namens seiner vier jüngeren Brüder erboten, mit ihnen statt des Vaters in den Tower zu gehen. Der Fürst zu Lippe ist mit den deutschen Fürsten bereit, entweder den Kaiser in Person auszulösen oder sein Schicksal mit ihm zu teilen. Der greise Feldmarschall, der soeben im stürmischen Jubel in der Heimatstadt Hannover empfangen worden ist, bietet sich den Feinden als Geißel oder Opfer an und eine ganze Reihe alter und junger Offiziere will sich der Ehrenpflicht, auch dem früheren Kronprinzen gegenüber, nicht entziehen. Auch Weismann hat sich den Feinden zur Verfügung gestellt. Der edle Opfermut wird allerdings auf die abgebräunten Menschlichkeitsapostel keinen Eindruck machen; ihnen muß man anders imponieren und da scheinen die Holländer auf dem rechten Weg zu sein. — Die Franzosen wollen sich der deutschen Offiziere, von denen die Pariser Blätter schon eine lange Negativliste veröffentlicht haben, bemächtigen. Einer ganzen Reihe der Offiziere ist schon im Voraus die Todesstrafe für Vergehen, die sie — was daraus wird, wir selber können nichts mehr dagegen machen, als uns schämen.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 10. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr nachmittags.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt. Zu Artikel 101 legt ein Antrag der Unabhängigen vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht zustandekomme. Volksgesichte verlangt, denen auch die Soldaten unterworfen sind. Militär- und Justiznegerichte jeder Art sind verboten.

Abg. Henke (U.S.V.): Nur durch die Einsetzung von Volksgerichten, d. h. durch die Wahl der Richter, kann der Rechtszustand ein Ende gemacht werden. Vor allen Dingen aber muß ein Ende gemacht werden mit den furchtbaren Staatsdesgerichten und außerordentlichen Kriegsgerichten.

Staatsk-mmissar Dr. Preuß: Ich glaube, das hier vorgeschlagene, rein politische Richterwahlrecht ist alles eher, als geeignet, eine von allen nicht zur Rechtsfrage gehörigen Einflüssen freie Justiz zu schaffen. Durch Auslieferung der Gerichte an die Leidenschaft der politischen Wahl wird dieses Ziel sicher nicht erreicht.

Abg. Dr. Henke (D.V.): Besser sind schlechte Gerichte, die von guten Richtern angewendet werden, als gute Gerichte in den Händen von Richtern, die nicht auf der Höhe sind, ohne Kenntnisse, Lebenserfahrung und Rechtswillen. Auf die Ausbildung der Richter kommt alles an. Eine solche Justizpolitik



wird durch die Wahl unmöglich. Auch kommt der Richter unter die Herrschaft der Parteien und Programme.

Abg. W a r m u t h (D.nat.Vp.): Der gelehrte Richter steht in keinem unvereinbaren Gegensatz zu dem Volksrichter. Schließlich wird auch bei der Anstellung von Volksrichtern nach dem Vorleben des Kandidaten gefragt, und so ist ein Richter würde sein ganzes Leben vor der Öffentlichkeit dargestellt sehen müssen. Die Wahl würde somit die Unabhängigkeit des Richters auf sozusagen gefährden.

Abg. K a g e n s t e i n (S.): Wir können dem Antrag der Unabhängigen nicht zustimmen. In den künftigen Gerichten wird durch ein starkes Element, das aus Volkswahlen hervorgegangen ist, ein Gegengewicht gegen das Beamtenfachertum geschaffen werden.

Abg. Dr. A b l a s h (D.D.P.): Der Richter ist in der Tat vielfach als Beauftragter eines bestimmten Standes hervorgetreten, weil ihm der weite Blick fehlt für das Verständnis des Standpunktes der anderen Schichten. Demokratie, die Achtung vor allem, was Menschenwürde trägt, die Achtung auch vor der Meinung der anderen, wird somit die sicherste Grundlage für den unabhängigen Volksrichter sein.

Abg. Dr. R i e s e r (D.P.): Es gibt auf der ganzen Welt kein Volk, das über so unparteiische Richter verfügt, wie das deutsche. Bewusste Klassenjustiz wird jedenfalls von unseren Richtern nicht getrieben. (Widerspruch und Lachen bei den Soz.) Nachdem Sie die Disziplin im Heere untergeben, nachdem Sie die Vermahnung lahmgelegt haben, versuchen Sie jetzt, die Unabhängigkeit der Richter zu beseitigen und damit den Abbau jeder staatlichen Autorität zu vollenden.

Abg. v. B r e n t a n o (S.): Unser Richterstand hat wirklich eine bessere Beurteilung verdient, als die, daß man ihm mehr oder weniger verdienten Vorwurf einer bewußten Klassenjustiz macht. Auch ein Wahlrichter bleibt denselben Schwächen und Irrtümern unterworfen, wie die gelehrten Richter.

Artikel 101 wird unter Ablehnung des Antrags der Unabhängigen in der Ausschlußfassung angenommen.

Artikel 102 (Ernennung der Richter auf Lebenszeit, Zulässigkeit der Freizehung einer Altersgrenze der Richter durch die Landesgesetzgebung) wird ohne Erörterung angenommen.

Artikel 103 bestimmt: Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgericht und Standgericht werden hi-von nicht berührt.

Artikel 104 bestimmt: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegszelten.

Die Unabhängigen beantragen die Streichung dieser beiden Artikel.

Die Sozialdemokraten Auer und Gen. beantragen, die militärische Gerichtsbarkeit ist aufgehoben (statt aufzuheben).

Abg. G r ä b e r (S.) beantragt zu Artikel 103 den Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben und in Artikel 104 die Einschaltung, daß die Militärgerichtsbarkeit auch für die Verhältnisse an Bord bestehen bleibt.

Abg. G r ä b e r (S.): Die Nationalversammlung muß erklären, daß sie keine Befehle mehr haben wolle, die darauf abzielen, daß die Standesliste des Duells gemahrt werde.

Preuß. Kriegsminister Reinhardt: Es ist beabsichtigt, Disziplinerkammern für das Heer neu einzurichten. Deshalb scheint es besser, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit nicht in das Verfassungswerk hineinzubringen.

Reichswehrminister Noske: Die Militärgerichtsbarkeit sofort aufzuheben, ist unmöglich. Beschließt die Versammlung in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, so werden wir die geforderte Veränderung möglichst beschleunigen. Eine Verschlechterung des Rechts ist aber nicht beabsichtigt. Es muß eine Uebergangszeit gelassen werden.

Abg. F a r k (D.D.P.): Aus unserer Weltanschauung heraus sind wir gegen jedes Ausnahmegesetz, Ausnahmegericht und Ausnahmeverfahren.

Abg. G r ä f e (D.nat.Vp.): Im allgemeinen haben die Kriegsgerichte mehr und mehr Wohlstand gefunden. Sie dürfen durch die neue Verfassung nicht beseitigt werden. Eine Armee ohne Autorität, ohne in unzulässig.

Abg. Dr. C o h n (D.P.): Die militärischen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden, weil sie zur Aufrechterhaltung des Ehrenglaubens nötig sind.

Abg. D a u b (S.): Die Militärgerichte sind Ausnahmegerichte und passen nicht mehr in unsere Zeit.

Abg. Dr. v. B e l b r u c h (D.nat.Vp.): Ich warne namentlich vor Beseitigung der militärischen Ehrengerichte. Das wäre ein Ausnahmegericht gegen den Militärstand.

Abg. C o h n (D.P.): Gerade die Wirksamkeit der Militärgerichte sei Abbruch des Waffenstillstands beweist die Notwendigkeit ihrer Aufhebung.

In der Annahme wird Artikel 101 mit dem Antrag Gräber auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit angenommen.

Der Antrag Gräber wegen Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit an Bord wird durch Abstimmung mit 124 zu 106 Stimmen angenommen. Mit dieser Veränderung wird Artikel 104 angenommen; ebenso die Entschlieung des Ausschusses.

Nächste Sitzung Freitag 9.30 Uhr.

### Weimar, 11. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.05 Uhr. Das Haus erledigt zunächst Anfragen.

Abg. Dr. B e i t z (D.nat.Vp.) wiederholt die am 1. Juli nicht beantwortete Anfrage betreffend den Ueberfall auf den Kapitänleutnant von Wüde während eines Schülerauftrags in Frankfurt am Main.

Regierungsvizepräsident Freiherr von Weizsäcker befragt die in der Anfrage mitgeteilten Tatsachen. Die preussische Regierung soll ersucht werden, für bessere Sicherheit der Personen in Frankfurt Sorge zu tragen.

Abg. K i e f f e r (D.P.) bemängelt die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmarken an die Nationalversammlung. Er stellt fest, daß die weisse Jaspisstein-Marke ihren ersten Baum zeigt, der bei gutem Willen des Besizers die Absicht erkennen lasse, eine rote Eiche, also eine jehene Naturerscheinung, vorzustellen. Die braunblaue 15 Pfennig-Marke birte die ebenso merkwürdige Erscheinung blauer Lehren, während die grün-weiß-rote 25 Pfennig-Marke im roten Grunde das Bild eines niederstürzenden nackten Mannes aufweise, der ein entworfenes Becken oder Boot enthaltendes Brett auf dem Haupte trage, während sein linker Fuß von einem niederstürzenden Feind oder einer Mauerherde bedroht werde. (Langanhaltende stürmische Heiterkeit im ganzen Hause).

Ein Vertreter des Reichspostministeriums teilt hierauf mit, daß dem aus 15 Herren bestehenden Preisgericht als Sachverständigen 9 Künstler einer Richtung angehört haben. Hauptjuryschlichter sei Herr Dr. Friedländer gewesen. Darauf: Der muß abgesetzt werden! Hohe Heiterkeit. Die Marken bleiben solange im Verkehr, bis neue als Ersatz für die Germanienreihe herausgegeben werden können. Darauf soll eine neue Ausgabe erfolgen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt.

Artikel 107 befragt: Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Vermahnung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.

Abg. H e i n z e (D.P.) legt die schwereren Bedenken dar, die vom Standpunkte des Juristischen gegen die Aufnahme so umfangreicher Grundrechte in die Verfassung zu erheben seien.

Abg. K o c h - K a s s e l (D.D.P.): Die Zeit, wo es notwendig war, Grundrechte zu schaffen, ist vorüber. Nachdem nun einmal im Regierungsentwurf Grundrechte enthalten waren, war es schwer, ganz ohne sie auszukommen. Man sollte sich aber nun wenigstens auf das, was jetzt darin steht, beschränken.

Reichskommissar Dr. P r e u ß: Die Reichsregierung nimmt eine ablehnende Stellung ein. Ich möchte dringend bitten, die Grundrechte zunächst zurückzustellen.

Abg. B e n e r l e (S.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen. Sie müßten als wichtige Grundlage der Erziehung unseres Volkes zum staatsbürgerlichen Leben erhalten bleiben.

Abg. C o h n (D.P.): Die hier gebotenen Grundrechte sind eigentlich die von 1848. Wirkliche Grundrechte müssen mehr bieten als abstrakte Rechte. Vor allem aber leiden die Vorschläge an einem Mangel, an Wahrscheinlichkeit, und widersprechen sich unentzählich.

Abg. H a u s m a n n (D.D.P.) beantragt, die Verhandlungen abzubrechen.

Eine von der Rechten gegebene Anregung wurde von der Reichsregierung wohlwollend angenommen und die größte Partei hat sie beinahe in einen Antrag verwandelt.

Damit ist für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Nächste Sitzung Samstag 9.30 Uhr.

## Neues vom Tage.

**Der Kaiser geht freiwillig in die Verbannung?**

Bern, 11. Juli. Wie der Pariser „Temps“ erfährt, gedenkt der ehemalige deutsche Kaiser an die alliierten Regierungen das Ersuchen zu richten, von einer Beurteilung seiner Person abzusehen. Dagegen werde er freiwillig einen Ort außerhalb Europas aussuchen. Mit Bestimmtheit verlannt, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde. Alle Meldungen über den Ort der Aburteilung des Kaisers sind frei erfunden. Die englische Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt.

### Um den Kaiser.

Haag, 11. Juli. Das Ndl. Korrr.-B verbreitet, die holländische Regierung halte an ihrem Standpunkt fest, daß sie ein an sie gerichtetes Auslieferungsgesuchen nach seiner rechtlichen und moralischen Seite prüfen würde. Bis jetzt sei ein solcher Antrag noch nicht gestellt worden.

Zur Frage des Kaiserprozesses sagt der Professor an der Universität Berlin Max Sering in der „Voss. Zig.“: Den Alliierten kommt es darauf an, mit neuen Mitteln des öffentlichen Betrages das deutsche Volk in dem bisherigen Träger seiner höchsten Gewalten verächtlich zu machen. Dem gleichen Zwecke dient auch die Aburteilung unserer Offiziere durch die feindlichen Militärgerichte.

Nach der Londoner „Daily Mail“ würden die Militärgerichte zur Aburteilung der eines Vergehens gegen die Kriegsgesetze beschuldigten Deutschen zur Verhängung der Todesstrafe berechtigt sein. Die Angeklundigen dürften sich ihre Verteidiger selbst wählen und Zeugen aus Deutschland, sowie aus anderen Ländern benennen. Die Verhandlungen würden öffentlich sein.

### Wißell bleibt.

Berlin, 11. Juli. Nach dem „Vörien-Kurier“ hat die sozialdemokratische Fraktion dem im Kabinett mit seinem Vorschlag der Plauwirtschaft unterlegenen Minister Wißell einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Reichswirtschaftsminister Wißell wird also im Amte bleiben. Es werden ihm als Unterraatssekretäre vermutlich Töpfer und Wiedfeld (Mitglieder des Kruppischen Direktoriums) zugeweiht werden.

### Die Ueberwachung.

Berlin, 11. Juli. Die militärische Ueberwachungskommission der Alliierten für die Ausführung der militärischen Abmachungen der Friedensbedingungen durch Deutschland wird ihren Sitz in Berlin haben und einen französischen Offizier als Vorstand erhalten. Zum Vorsitzenden der Kommission zur Ueberwachung der Ausführung der See- und Luftfahrt-Bedingungen hat der Oberste Rat in V. is einen britischen Admiral und einen Brigadegeneral v. um. Unterkommissionen werden in verschiedenen Orten Deutschlands eingesetzt werden. Im ganzen sollen für diesen Dienst 260 fremde Offiziere vorgehen sein.

### Nach dem besetzten Gebiet.

Nachen, 11. Juli. Die belgischen Besatzungstruppen sind am 6. Juli von französischen abgelöst worden.

In D undanger wurde der Brigademeister Tripp von betrunkenen amerikanischen Soldaten angefallen. Einer von ihnen verfehlte dem Bürgermeister mit seiner Pistole einen Schlag auf den Kopf, der nach kurzer Zeit den Tod des Bürgermeisters zur Folge hatte.

G r a u d e n z wird eine polnische Besatzung von 3000 Mann erhalten.

### Der Verkehrsstreik.

Berlin, 11. Juli. Die Lage im Verkehrsstreik ist unverändert. Im Rathaus wurden gestern Verhandlungen geführt, zu denen die Verkehrsvereinigungen nicht eingeladen waren.

### Wiederaufnahme des Handels.

München, 11. Juli. Ueber die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München Besprechungen statt. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Vertretungen errichtet werden.

### Die Selbständigkeit Oberschlesiens.

Berlin, 11. Juli. Die Frage größerer Selbständigkeit Oberschlesiens ist, wie verschiedene Morgenblätter melden, durch eine Verständigung erledigt worden. Die von Zentrumsseite vorgebrachten und vom Oberschlesischen Volksrat befürworteten Wünsche sollen dahin berücksichtigt werden, daß auf Vorschlag des Staatskommissars durch die Zentralregierungen ein Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten ein Oberschlesischer Beirat berufen werde. In ganz Preußen sollte die provinzielle Selbstverwaltung erweitert werden. Insbesondere sollen bestimmte Kultur- und Sprachfragen den Provinzen zur freien Regelung überlassen bleiben. Vielleicht soll auch aus Oberschlesien eine selbständige Provinz gemacht werden. Die Bewirkung aller dieser Punkte ist aber hinausgeschoben bis nach Vollzug der Volksabstimmung und Abschluß der Ententebeziehung.

### Sozialistische Regierung in Sachsen.

Dresden, 11. Juli. Die Demokraten werden voraussichtlich nicht in die Regierung eintreten. Es dürfte zu einer Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien kommen, die zusammen über die Mehrheit in der Kammer verfügen.

### Sie fahren wieder.

Dresden, 11. Juli. In letzter Stunde ist der Streik im Kohlenrevier beigelegt worden, so daß der sächsische Bahnverkehr aufrechterhalten werden kann. (Der Darm war also verfrüht. V. Schr.)

### Die Antriebe in der Pfalz.

Berlin, 11. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ meldet: Die Loslösnngsbestrebungen in der Pfalz sind jetzt in ein neues Fahrwasser gekommen und gehen über die früheren Ziele hinaus. Neuerdings wird mit dem Gedanken gespielt, aus der Pfalz ein vollkommen selbständiges Staatswesen ohne jeden Zusammenhang mit Deutschland zu machen, das unmittelbar dem Völkerverbund unterstellt werden soll.

### Ankunft der Deutschen aus Amerika.

Rotterdam, 11. Juli. Der Dampfer „Martha Washington“ ist mit Deutschen aus Amerika an Bord und zwar 780 Männern, 71 Frauen und 47 Kindern, in Rotterdam eingetroffen. Der Dampfer „Prinzess Mattoika“ wird am 17. Juli weitere Deutsche bringen.

### Der Wiederaufbau.

London, 11. Juli. Die „Times“ meldet, Frankreich verlange zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich von Deutschland 300 000 Arbeiter.

### Die deutschen Guthaben in Italien freigegeben.

Mailand, 11. Juli. Der „Secolo“ meldet: Ein königliches Dekret hebt die Beschlagnahme der deutschen Guthaben in Italien auf, vorbehaltlich der Gegenleistung durch Deutschland.

## Baden.

(-) Karlsruhe, 10. Juli. Der Haushaltungsausschuß des Badischen Landtags beschäftigte sich gestern mit der Umwandlung des Hoftheaters in ein Landestheater. Beim Zentrum und bei der deutschnationalen Fraktion zeigte sich Zurückhaltung, die Vertreter der Sozialdemokraten und der demokratischen Fraktion äußerten sich entgegenkommender. Man hofft, daß die Stadt Karlsruhe zu einer größeren finanziellen Unterstützung der Anstalt bereit sein wird.

(-) Karlsruhe, 9. Juli. In der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Karlsruhe lehnte der bisherige Vorsitzende, Geh. Oberregierungsrat Fehsenmeyer, eine Wiederwahl ab. Es wurde wurde darauf Bürgermeister und Landtagsabg. Rod aus Eggenstein zum 1. Vorsitzenden des Vereins gewählt. Damit tritt zum ersten Male ein Landwirt an die Spitze eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins.

(-) Mannheim, 10. Juli. Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie im Monat Juni d. J. unter gleichzeitiger Gegenüberstellung der Preise vom Jahre 1914. Hierbei ergibt sich, daß die Steigerung der Preise gegenüber dem Jahr 1914 über 340 Prozent beträgt. Dieser Prozentsatz würde noch ganz bedeutend steigen, wenn man die Preise für Hamstereiere mit einrechnen würde, ohne die doch keine Familie mehr auskommt.

(-) Weinheim, 10. Juli. Die Werkmeisterschule des Joh. Georg Dreßler feierten das Fest der diamantenen Hochzeit.

(-) Weinheim, 10. Juli. Von der Bergstraße wird berichtet, daß die Johannis- und Heidelbeerernte in vollem Gange ist. Für Johannisbeeren werden 1 Mk. und für Heidelbeeren 2.50 Mk. für das Pfund bezahlt. Im Odenwald beginnt die Reise der Heidelbeeren.

(-) Freiburg, 10. Juli. Am helllichten Tage entriß heute ein etwa 13jähriger Junge auf der Straßenbahn einer älteren Frau die Handtasche und entfloh damit.

(-) Vörrach, 10. Juli. Auf den Feldern vieler Gemeinden des Bezirks richteten die Mäuse großen Schaden an; besonders haben die Kartoffelfelder zu leiden.

(-) Vörrach, 10. Juli. Der Badische Bahnhof in Basel wird in der Zeit vom 15.-20. Juli wieder dem allgemeinen Betriebe übergeben.

(-) Waldkirch, 10. Juli. Die hier zusammengestellte badische Edelweißbatterie Medem ist am 23. Juni nach den jetzt eingegangenen Nachrichten auf dem Vormarsch zwischen Wende und Wolvoa von estnischen Banden überfallen worden. Der Batterie gelang es zwar, sich wieder durchzuschlagen, leider erlitten aber dabei Leutnant Ande, Leutnant Hillemann, Fähnrich Oberg und 12 bis 13 Mann den Heldentod. Leutnant Schlageter war bereits vorher schwer verwundet worden. Ueber den jetzigen Aufenthalt der Abteilung liegen nähere Nachrichten noch nicht vor.

(-) Singen, 10. Juli. Die Errichtung eines eigenen Kommunalverbandes für die Stadt Singen wurde vom Ministerium des Innern abschlägig beschieden.

## Württemberg.

(-) Stuttgart, 11. Juli. (Aus Saloniki.) In zwei mit Tannreis geschmückten Sonderzügen trafen heute vormittag etwa 600 Mann der 7. Landwehr-Division unter Führung des Hauptmanns Haas hier ein. Die Truppen standen früher in der Ukraine und waren in der letzten Zeit im Gefangenenlager in Saloniki. Ein ungeheure Menschenmenge begrüßte am festlich geschmückten Bahnhof die heimkehrenden Krieger mit stürmischen Jubel.

(-) Stuttgart, 11. Juli. (Gasperte.) Die Gasabgabe wird von Samstag früh 7 Uhr bis Montag früh 6 Uhr eingestellt.

(-) Stuttgart, 11. Juli. (Von den Kriegslägen.) Seit der Gründung der Stuttgarter Kriegslägen im November 1916 sind im ganzen 2986 000 Mittagessen abgegeben worden, ferner 2365 000 Abendessen und 452 000 Morgensuppen, letztere hauptsächlich an Schulkinder. Die Kosten der Verköstigung für ein

Wittageffen belaufen sich im Jahre 1917 auf 33,5 Pfg. im Jahre 1918 auf 37,2 Pfg. und für 1919 berechnet sich der Durchschnitt sogar auf 50,5 Pfg. Gegenwärtig sind noch 10 Kriegsflecken in Betrieb, während es früher bis zu 20 waren.

(\*) **Stuttgart, 10. Juli.** (Gastwirtschaftler.) Auf dem Verbandstag der Wirte Württembergs wurde beschließen, an die Regierung die Bitte um Errichtung einer Gastwirtschaftlerkammer Württembergs einzureichen. Die Wirte sind bereit, die Kosten zu übernehmen.

(\*) **Stuttgart, 11. Juli.** (Ohne Nummer.) Die Straßenbahner haben die Nummern an ihren Dienstwagen abgelegt.

(\*) **Stuttgart, 11. Juli.** (Gefährliche Schie-oer.) Die Unteroffiziere und Soldatenratsmitglieder der Bergkaserne, Herrmann Matthes und Gottlob Sigrist, hatten in Schieberkreisen gehört, daß eine Frau 10 Kilogramm Saccharin im Wert von 13000 Mark besitze, was sie aus begreiflichen Gründen zu verheimlichen suchte. Sofort begaben sich die beiden unter Mitnahme eines Sicherheitsoldaten zu der Besitzerin, gaben sich für Beamte der Sicherheitsstruppen aus und „beschlagnahmen“ die Ware. Dazu trug auch der Feldwebel Wilhelm Feder bei, der als Kaufliebhaber auftrat. Matthes wurde zu 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Sigrist zu 2 Monaten Gefängnis und ebenfalls 500 M. Geldstrafe, Feder zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

(\*) **Stuttgart, 11. Juli.** (Drohende Betriebs Einstellung.) Die Redarwerke A. G. und die Engagawerke G. m. b. H. teilen mit, daß sie bei

ternerer Stockung der Kohlenzufuhr genötigt seien, die Stromlieferung einzustellen.

(\*) **Ludwigsburg, 11. Juli.** (In den Ruhestand.) Der Vorstand der Regierung des Neckarkreises Regierungspräsident von Kibel hier, ist in den Ruhestand getreten.

(\*) **Schwaigern, 11. Juli.** (Erntebeginn.) Gutsächter Fellmann hat etwa 10 Morgen Wintergerste geerntet. Der Regen in letzter Zeit hatte ihm im Gegensatz zu den übrigen Getreidearten nichts mehr genützt. Ihr Stand war gut, doch die Ähren waren infolge der großen Trockenheit kurz. Das Druschergebnis darf als mittel bezeichnet werden. In etwa 8 Tagen — warmes Wetter vorausgesetzt — folgt die Roggenernte.

(\*) **Münzingen, 11. Juli.** (Die Neutralen.) Von der Bezeichnung der Unteroffiziere des Verurlaubtenstandes der Truppsgruppe Münzingen wurde in einer Versammlung der Standpunkt vertreten, daß die Mitglieder der Vereinigung im Falle eines Regierungsturzes sich neutral verhalten oder „zum großen Hausen“ gehen werden.

(\*) **Zulz a. N., 11. Juli.** (Stiftung.) Fabrikant Max Stehle hat der Stadt 25000 M. für einen Schulbau und 15000 M. zur Erbauung einer Badeanstalt überwiesen. Auf mehrere ihm gehörige Baupläne hat er verzichtet, wodurch es ermöglicht wird, zur Behebung der großen Wohnungsnot weitere Wohnhäuser zu erstellen.

**Schmerzige Winke zur Wiesenpflege.** Es gibt wohl kein Grundstück, das bei dem geringsten Wirtschaftsaufwande nur annähernd die Rentabilität der Wiesen aufzuweisen hat. Sollen nun unsere Wiesen dauernd produktiv bleiben, so muß man ihnen auch einige Pflege angedeihen lassen. Leider gibt es heute noch sehr viele Landwirte, die alljährlich nur mit der Sense hinein- und mit dem Rechen herausziehen; und man wundert sich dann auch nicht wenig, wenn der erwünschte Erfolg ausgeblieben ist. Zur Erzielung dauernd höchster Erträge ist eine entsprechende Bässerung und Düngung unerlässlich. Die Hauptsache der Wiesenpflege ist jedoch eine korrekt durchgeführte Bewässerung, wodurch den Wiesenpflanzen neben dem unbedingt erforderlichen Vegetationswasser noch eine kostenlose Düngung zugeführt wird, wodurch die Anwendung von teuren künstlichen Düngemitteln bei gutem zur Bewässerung gelangenden Abwässern in manchen Fällen sogar vollständig überflüssig wird.

Warum wurde die unbedingt erforderliche Bewässerung der Wiesen seither so sehr vernachlässigt? Weil es an einer bequemen, dauernd brauchbaren Wasserregulierungsvorrichtung fehlte bzw. der Kostenaufwand für die bisher verwendeten Holz- und Zementschleusen mit deren teils unpraktischen und kurzen Brauchbarkeit neben verschiedenen anderen Mängeln durchaus nicht zusammen im Verhältnis standen.

Allen diesen Mängeln hilft die aus verzinktem Schmiedeeisen hergestellte Reormschleuse ab. Nähere Auskunft und Beratung erteilt auf die Firma Ludwig Bauer u. Co., Maschinen- und Bestandteile für Landwirtschaft und Mülerei in Tübingen 4 auf gef. Wunsch kostenlos.

**Bekanntmachung betreffend Erfassung der Frischmilch.**

Es besteht Veranlassung, die wichtigsten Bestimmungen über die Erfassung der Frischmilch auszugewei wiederholt bekannt zu geben:

Die Ruhhalter haben alle nicht im Haushalt benötigte Milch auf der Milchsammlstelle abzuliefern. Entsprechendes gilt in den Fällen, in denen noch die Herstellung von Butter zugelassen ist, für die Verfertigung, Butter abzuliefern.

Als Mindestablieferung gelten folgende Sätze:

- 1) Halter von 1 Kuh mit weniger als 5 Haushaltmitglieoer je nach den Verhältnissen des einzelnen Betriebs, wobei insbesondere eine etwaige Ziegenhaltung zu berücksichtigen ist, 180 bis 350 Liter Milch.
- 2) Halter von 2 und 3 Kühen:
  - a) wenn die Kühe den ganzen für den Betrieb nötigen Spanndienst leisten 550 Liter von jeder Kuh
  - b) wenn die Kühe nicht den ganzen Spanndienst leisten 750 Liter von jeder Kuh
- 3) Halter von 4 bis 6 Kühen:
  - a) wenn die Kühe zum Spanndienst herangezogen werden 950 Liter von jeder Kuh
  - b) wenn die Kühe keinen Spanndienst leisten 1000 Liter von jeder Kuh
- 4) Halter von 7—9 Kühen 1100 Liter von jeder Kuh
- 5) Halter von 10 und mehr Kühen 1450 Liter von jeder Kuh.

Die abzuliefernde Menge darf nicht heruntersinken: bei Haltern von 2 bis 3 Kühen nicht unter 1/2 Liter täglich, „ „ „ 4 „ 6 „ „ 2 „ „ „ 6 „ 9 „ „ 2 1/2 „ „ „ 10 u. mehr „ „ 3 „ „

Von neuemilgigen Kühen ist entsprechend mehr abzuliefern, damit in Zeiten des Rückgangs der Ausfall gedeckt werden kann.

Veränderungen in der Zahl der Kühe sind vom Ruhhalter sofort anzumelden (hieszu gehört auch die Meldung über die Geburt eines Kalbes).

Grundsätzlich ist nur noch Frischmilch abzuliefern. Die Abgabe von Landbutter kann nur noch in besonderen Fällen, in denen eine Frischmilchabgabe unzulässig erscheint, zugelassen werden.

In jeder Gemeinde ist grundsätzlich eine Gemeindefarmmelstelle zu errichten, sofern nicht in einzelnen Fällen Ausnahmen zugelassen sind.

Die Milchverföhrungsberechtigten haben ihre Milch auf der Milchabgabestelle abzuliefern.

Der direkte Verkehr zwischen Ruhhalter und Verbraucher ist verboten. Jede Beförderung von Milch ist nur auf Grund eines vom Ortsvorsteher ausgestellten Ausweises zulässig. Kein Ausweis ist erwerlich zur Verbringung der Milch an die örtliche Sammelstelle.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verfügung und der auf sie gegründeten Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die (Stadt-)Schultheißenämter haben diese Bestimmung auf ortsübliche Weise bekannt zu machen und außerdem an Rathhaus öffentlich anzuschlagen und auf diesen Anschlag hinzuweisen. Auch ist der Erlaß der Landesverföhrungsstelle vom 24. August 1918 Nr. 7823 mit den Beilagen den Beteiligten zur Einsichtnahme auf dem Rathhaus zu überlassen.

Neuenbürg, den 4. Juli 1919. Bullinger.

Veröffentlicht. Auf den Anschlag am Rathhaus wird besonders hingewiesen. Wildbad, den 10. Juli 1919. Stadtschultheißenamt: Bächner.

**Grabdenkmäler** Gedenktafeln für Gefallene etc. Zeichnungen, Voranschläge. Besuch jederzeit, kostenlos und unverbindlich. Ateller für Grabmalkunst Th. Preckel, Architekt, Pforzheim Westl. Karl Friedrichstrasse 44.

**Straßensperre.**

Wegen Grabarbeiten für eine Gasleitungslegung ist der Hofenloshofweg vom Döbleraufgang bis zum Haus Jasper (frühere Druckeret) einige Tage für Fußwerke a-sperret.

Wildbad, den 12. Juli 1919. Stadtschultheißenamt: Bächner.

**Oberamt Neuenbürg. Kälberaufbringung.**

Es ist wiederholt Veranlassung gegeben, die Viehhalter des Bezirks an ihre Verpflichtung zur Abgabe ihrer zum Schlachten bestimmten Kälber nachdrücklich zu erinnern und sie darauf hinzuweisen, daß nachsachfalls mit Zwangsmahnahmen vorgegangen werden müßte.

Zu Schlachtwedern sind in erster Linie sämtliche Farren- (Stier)kälber bestimmt, von deren Abgabe nur in ganz besonderen Fällen Befreiung erteilt werden kann. Von den Kuhkälbern werden in der Regel nur diejenigen herangezogen, die zur Rucht ungeeignet erscheinen.

Die Unterkäufer der Fleischverföhrungsstelle sind angewiesen, alle Farrenkälber möglichst sofort nach der Geburt mit einer Ehemarkle zu kennzeichnen.

Den 7. Juli 1919. Bullinger. Veröffentlicht. Wildbad, den 11. Juli 1919. Stadtschultheißenamt: Bächner.

**Forstamt Kofstett. Verboten**

ist das Raffen von Heidelbeeren vor dem 28. Juli und das Sammeln von Preiselbeeren, wobei die Benutzung des Reffs durchaus verboten ist, vor dem 25. August.

**Wildbad. Geschäfts-Empfehlung.**

Mit heutigem erteile ich in dem Hause des Herrn Karl G ü t h l e r sen., Hauptstr. 131 eine

**Elektro-mechanische Werkstätte.**

Übernahme Reparaturen an Elektromotoren, Apparaten und Maschinen.

Spezialität: Reparaturen und Ueberwachung von elektr. Aufzügen.

Ebenso werden Schwachstromanlagen und Ausbesserungen derselben pünktlichst ausgeführt.

Fachmännische Beratung. Um geehrten Zuspruch zu bitten

Karl Hartmann, Mechanikermeister.

**Möbel werden wie neu**

wenn sie „Kival“ verwenden. „Kival“ ist eine Nahrung für den Lack und die Politur der Möbel, nimmt alle Flecken, Schmutz, selbst Tintenspritzer von der Politur weg und läßt eine glänzende Oberfläche zurück. Glänzende Attische.

„Kival“ ist zu haben bei Wilhelm Hohnenberger, Eisenwaren, Wildbad. Preis pro Flasche 2 M. postfrei, gegen Nachnahme direkt durch den Fabrikanten.

G. Schmid, Apotheker, Groß-Sachsenheim 23 (Württemberg). Wiederverkäufer erhalten langemessenen Rabatt.

**Ungarische Anleihen.**

Wir sind Anmeldestelle für die Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen.

Druckexemplare der Satzung und der Anmeldefomulare können von uns bezogen werden. Zu näherer Auskunft sind wir gerne bereit.

Stahl & Federer, Akt.-Ges. Filiale Wildbad.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will, der verwende den bekannten

**Ruf's Kunstmossanjasz mit Heidelbeerzuzatz**

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet M. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutatzen, zu 100 Liter M. 35.—

Viele Anerkennungen. Robert Ruf, Heidelbeer-Verbandhaus, G. Stingen, Naidwangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmossanjasz mit Heidelbeerzuzatz und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden. gez. Christian Schneider, Bahndwiler.

Kuenheim (Amt Kehl), 2. Dez. 1918. Da uns das aus Ihrem Kunstmossanjasz hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlichst um so ritige Zulassung einer Flasche Kunstmossanjasz mit Heidelbeerzuzatz und mit Süßstoff zu bitten.

gez. Karl Jr. Landenberger. Niederlagen werden errichtet

**Achtung! die Motten kommen.**

Motten-Aether Dr. Weinsoids zum zerstäuben für Teppiche, Sessel und dergl.

Global, Naphthain-Pulver, Nphthalin in Kugeln.

Medizinal-Drogerie Gebr. Schmit, Wildbad.

J. B. W. Verteilung heute Mitttag.

Kinderwagen Sportwagen Kindermöbel Leiterwagen sowie einzelnes Möbel in nur bester Ausführung.

Edewaren, Koffer u. Reiseartikel empfiehlt

Wilh. Proß, Pforzheim Ecke Berrenner- u. Baumstr. 17.

Wiederverkäufer erhalten langemessenen Rabatt.

## Bekanntmachung.

Vom 12. Juli 1919 ab beträgt der Höchstpreis für  
 Rindfleisch 2 Mk. 68 Pfg.  
 Kalbfleisch 2 Mk. 40 Pfg.  
 Wildbad, den 11. Juli 1919.  
 Stadtschultheißenamt: Wagner.



## Schuhwaren!

**Pantoffeln**  
 und Hauschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abfüge, Leder-, Mocco-, Seide- u. Eisen-  
 garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in  
 schwarz, weiß und farbig empfiehlt

Hermann Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.

## Rucksäcke

aus Segeltuch mit Ledertragriemen.

Koffer-, Hand- u. Reisetaschen  
 in solider Ausführung

empfehlen

E. Hagenlocher, Sattlermeister.

## Billiger Tabak

ist eingetroffen bei

Chr. Schmid & Sohn  
 Tabakwarengrosshandlung  
 König-Karlstrasse 68

## Verbandstoffe

— aller Art. —

Watte, Binden, Gazen

Billrothbatist, Thermometer, Spritzen,  
 Irrigatoren und Inhalationsapparate  
 nebst Ersatzteilen.

Pinsel, Damenbinden.

Stadt-Apotheke H. Stephan.

Unterriexingen, — Bahnstation —  
 Großschafheim.

## Versteigerung

von 47 Gemälden aller Meister, (Ahnengalerie)  
 Creptichon usw. am

Freitag, den 18. Juli 1919,  
 mittags 2 Uhr.

Geführt durch:

Freitag, den 18. Juli 1919, vorm. 10—12 Uhr.

Leiter der Versteigerung:

Kunsthändler Felix Fleisshauer.

## Die Fuhrknechte

vom oberen Enztal, insbesondere von Wildbad und  
 Gumbach werden zu einer

## Besprechung

am Freitag nachm. 2 Uhr in das Gasthaus zur  
 „Einacht“ in Wildbad eingeladen.

## Mitglieder-Versammlung

Montag, den 14. Juli 1919, abends 7/8 Uhr im  
 Lokal zum „Bädischen Hof“.

Tagesordnung:

- 1) Die Politik unserer Partei und der U. S. P.
- 2) Verschiedenes.

Genossen und Genossinnen erscheint vollzählig.

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

## Weltere Schüler, die rascher ihr Ziel erreichen wollen.

Sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir beseitigen  
 durch unsern individuellen Unterricht die vorhandenen Lücken  
 und erzielen dadurch unsere bekannten hervorragenden Erfolge  
 in allen Prüfungen. — Abteilungen: Oberrealschule, Gym-  
 nasium sowie Realgymnasium. — Auswärtige Schüler erhalten  
 zu billigen Preisen guten Mittagstisch in der Anstalt. — Beauf-  
 sichtigung der Schulaufgaben. — Man verlange Prospekt!  
 Höhere Reform-Lehranstalt, Wildbad, Telefon Nr. 6.

## Öffentliche Versteigerung.

Der Kommunal-Verband  
 Pforzheim-Stadt versteigert  
 durch das Städt. Hochbauamt  
 (Altmöbelstelle) folgende von  
 der Deeresverwaltung bezw.  
 Reichsverwertungsamt über-  
 nommenen Deeresgüter:

Etwa 100 Stück große und  
 kleine Pferde-Sattelgeschirre,  
 etwa 25 Stück Pferdeklammerte,  
 etwa 30 Stück Armerfüßel,  
 etwa 30 Stück Bodfüßel.

Eine große Partie loser Ge-  
 schirzteile, wie Stränge, Ketten,  
 Frehbentel, Wasserfäde, Kap-  
 geschirre, große und kleine  
 Wagenpläne usw.

Die Versteigerung findet am  
 Freitag, den 18., und Sams-  
 tag, den 19. Juli 1919, von  
 morgens 10 Uhr ab, vor dem  
 hinteren Portal der Städt.  
 Gewerbeschule, große Gerber-  
 straße 34, in Pforzheim, gegen  
 Barzahlung und sofortige Ab-  
 holung statt, wozu Kauflieb-  
 haber eingeladen werden.

Eventl. Fortsetzung der Ver-  
 steigerung wird besonders be-  
 kannt gegeben.

Pforzheim, 9. Juli 1919.  
 Städt. Hochbauamt.

Anfang nächster Woche ein-  
 treffend, der erste Wagon

## Brockel- Erblen

Pfd. 50 Pfg. 6 Btr. 45 Mk.  
 Größere Bestellungen wer-  
 den bis Mittwoch ent-  
 gegengenommen.

Pfannkuch & Co.,

Tel. 118. Wildbad. Tel. 118.

## Pr.-Süddeutsche Klassen-Lotterie

214 000 in 5 Klassen verteilte  
 Gewinne u. 2 Prämien über  
**72 Millionen Mark**

Haupttreffer u. Prämie evtl. 4

**800 000**

**500 000**

**300 000**

**200 000**

Ziehungsbeginn

18. und 19. Juli 1919

1. Abteil 1 Viertel 1. Halbes 1. Gewinns

u. 2. 25 10. 50 21. — 42.

Amlicher Plan und

erklärliche Schrift kostenlos

bestellungen

erhalten baldigt

**Petzner**

Wirt, Lotterie-Einnahme

Stuttgart, Friedrichstr. 28

Permapreder 10812 u. 10113

Postcheckkonto 8350

## Städtisches Arbeitsamt Wildbad

Telephon-Anschluß Nr. 140.

Kostenlose Stellenvermittlung

Für sofort oder später  
 werden gesucht:

a) Männlich:

Baugerhilfe

b) Weiblich:

2 Zimmermädchen

13 Dienstmädchen

1 Dienstmädchen nach

Stuttgart

4 Küchenmädchen

1 Servierfräulein

2 Köchinnen

1 Näglerin

2 Waschfrauen

1 Kinderfräulein

1 Bäckerfräulein nach

Pforzheim.

Stellen suchen:

a) Männlich:

Buchhalter,

Correspondent

Mechaniker,

Maler,

Friseur,

Fahrer.

## Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Wildbad.

Zu der am Sonntag, den 13. Juni stattfindenden  
**Gauversammlung in Birkenfeld**  
 werden die Mitglieder zu recht zahlreicher Beteiligung ein-  
 geladen. Abfahrt 1.32 Uhr nachmittags.  
 Der Vorstand.

## Stahl & Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen  
 Zahlungsverkehrs eröffnen wir

## zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.

## Freie Verkündigungen

über  
**Verkäufe und Anderes.**

Holzverkäufe:

Montag, 21. Juli, vorm. 10 Uhr auf der Forstamt-  
 kanzlei Neuenbüra im schriftl. Aufstr.: Langholz (f. u. t.)  
 1.—5. Kl., Sägholz (f. u. t.) 1.—3. Kl.

Sonstiges:

Sonntag, 13. Juli, nachm. 2 Uhr, im „Döfen“ in  
 Schwann Bezirksversammlung der Bauernvereine

Prima Schmierseife  
 Soda, Bodenwachs,  
 Bodenöl, Ledersett,  
 Schuhcreme

ist zu haben bei

Frau Jakob Zubach,  
 Rennbach.



## Fußball-Verein

Wildbad.

Deute ab. 8 Uhr

Spielerführung

in der „Eintracht“.

## Eine Wohnung

bestehend in 2—3 Zimmer,  
 samt Zubehör, wird auf 1. Okt.  
 von ruhiger Familie zu mi-  
 ten gesucht. [375]

Zu erfragen in der Exped.

## Schöne freundliche 4-Zimmer-Wohnung

— mit Zubehör —  
 gesucht auf 1. Januar  
 eventl. früher.

Wer? sagt die Expedition.

## Wohnung gesucht.

Eine 2-Zimmer-Wohnung  
 mit Küche wird von einer  
 alleinstehenden Person mit  
 dem nötigen Zubehör auf den  
 1. Oktober oder später zu  
 mieten gesucht.

Auskunft erteilt die Exped.

## Tüchtiges Mädchen

für Zimmer und Haushalt  
 sofort gesucht.

Frau Marie Schmied,  
 Wildbad, König Karlstr. 86.

## Gesucht

wird für sofort oder zum 15.  
 Juli ein pünktliches, sauberes  
**Mädchen.**

Etwas Kochen erwünscht.  
 Dr. Schwab.

## Reform-Schleife

D.R.G. D.R.G.M.  
 Billigstes und vollkommens-  
 tes Gerät zur Be- und Ent-  
 wässerung der Wiesen.

Ludwig Bauer & Co  
 Tübingen 4.

## Bettmässen

Befreiung garantiert sofort. Alter  
 und Geschlecht angeben. Auskunft  
 umsonst. Versandhaus Wohl-  
 fahrt, München 35,3, Isabella-  
 straße 12.

## Flechtenleiden

jeder Art heilt gründlich u.  
 dauernd Flechtenhautstein  
 deutsches Reichs-Patent  
**Wildberger & Co.,**  
 Stuttgart 83.

## 3500 M.

sind gegen 1. Hypothek auf  
 15. Juli ds. Js. anzun-  
 leihen.

Zu erfragen bei der Exp.  
 ds. Bl.

## Zu verkaufen eine schöne reifarbige Ziege.

Martin Eisele, Schaffner,  
 Fiberg No. 127.



„Spirala“ der ideale Ersatzreifen

Beste Qual. je M. 1.50 mehr. Hinter Be-  
 weis für die Güte: 300tausend St. verk.  
 Fr. Müller, Stuttgart 988, Rotenstr. 28.

## 3 Zimmer- Wohnung

mit Gasheizung, hat in  
 vermieten.

Offerten unter N. an die  
 Exped. ds. Blattes.

## Frauen

verwenden bei Be-  
 schwerden und  
 Störungen aus  
 dem Meter

**Müllers**

Tropfen

Wunder 10 Mark 10-

besten Volkmann.

Lik. Raub

Sanitätsgefäß

„Medico“

Nürnberg

Karolinenstr. 47

## Versand-Kartons

grosse und kleine sind zu  
 zu haben in der

Buchhandlung der  
 Wildbad. Verlags-  
 Druckerei

Wilhelmstrasse 99.

## Kath. Gottesdienst.

Sonntag, den 13. Juli.

7 Uhr Frühmesse, 9 1/2 Uhr  
 Predigt und Amt, 2 Uhr nachm.

Abend.

Montag keine hl. Messe. An

den übrigen Tagen der Woche

7 Uhr hl. Messe.

Beichte: Samstag nachmittag

von 4 Uhr an.

Kommunion: Sonntag 6 1/2 Uhr

und bei der Frühmesse.

## Gv. Gottesdienst

in Wildbad.

Sonntag, den 13. Juli.

Vorm. 10 Uhr Predigt.

Stadtvicar Adrich.

Die Christenlehre mit den Schönen

fällt aus.

Nachm. 2 Uhr Predigt in S. profen-

lenhaus. Stadtvicar Adrich.

Abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Stadtvicar Adrich.

## Gv. Gottesdienst

in Calmbach.

Sonntag 13. Juli.

9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Söhne).

Mittwoch, 16. Juli keine Bibel-

stunde.

## Landeskur-Theater

Wildbad.

Samstag, 12. Juli

Der Lebensschüler

Sonntag, den 13. Juli

Dreimäderlhaus